

Weiter Protest gegen den Grohnde-Bau

Bürgerinitiativen im Raum des Weserberglandes richten einen Appell an die Stadt Hameln

DWZ HAMELN-PYRMONT. Die Verlautbarungen der Gruppe Ökologie in Hannover zur Sicherheit des Kernkraftwerk-Neubaus in Grohnde haben auch die Bürgerinitiativen im Raum des Weserberglandes alarmiert. Unter anderem würde die Stadt Hameln zu neuen Schritten beim Verwaltungsgericht aufgefordert. Einige Initiativen planen „gemeinsame Schritte“ gegen den Weiterbau.

In einem Schreiben an den Rat der Stadt Hameln beziehen sich die „Bürgerinitiative Weserbergland im Weltbund zum Schutze des Lebens“ (Werner Schirr), „Bürger gegen Atom Hameln“ (L.

Fricke) und „Die Grünen Hameln-Pyrmont“ (2. Vorsitzender) auf die Pressekonferenz des Öko-Institutes, in der der Werkstoff für den Bau des Sicherheitsbe-

Ihre günstige Einkaufsquelle
Möbel-Fundgrube
Gelände Hamelner Heide

halters im Reaktorgebäude in Grohnde als ungenügend kritisiert wurde, und bitten den Rat der Stadt Hameln, „geeignete Schritte beim Verwaltungsgericht zu unternehmen, um den Weiterbau des Atom-

kraftwerkes zu verhindern und unreparierbaren Schaden von der Bevölkerung abzuwenden“.

In einer Verlautbarung der „Gewaltfreie Aktion Umweltschutz Grohnde im BBU“ und die „Wählergemeinschaft Atomkraft-Nein-Danke“ (WGA) wird gegen die Behauptung der Preag protestiert, daß der Bau des Kernkraftwerkes in Grohnde „den höchsten technischen und sicherheitsbietenden Standard darstelle“. Die Vertreter der Initiativen rufen die AKW-Gegner zu einem Treffen für Dienstag, den 10. Februar, 19 Uhr in der Aula der Schule Königstraße auf.

So. 7. 2. 81

Bürgerantrag geplant

AKW-Gegner-Versammlung: Kritik an TÜV-Gutachten

JOA HAMELN. In einer Bürgerversammlung, mit einem Bürgerantrag und einem Vorstoß an den Kreis wollen die Gegner eines Kernkraftwerkes bei Grohnde nochmals ihre Bedenken zu den Sicherheitsvorkehrungen des im Bau befindlichen KKW äußern. Das ist das Ergebnis einer Versammlung, zu der die Hamelner Atomkraftgegner in die Aula der Schule Königstraße eingeladen hatten.

Etwa 70 Kernkraftgegner waren dem Aufruf gefolgt. Thema der Versammlung war die Kritik, die Sprecher der Gruppe Ökologie (GÖK), Institut für ökologische Forschung und Bildung Hannover, über Bau und Material des Sicherheitsbehälters im Kernenergiekraftwerk geäußert hatten. GÖK-Vorwurf: Ausrüstung, verwendeter Stahl und Verarbeitung entsprechen nicht den neuesten Sicherheitsvorschriften. Der TÜV hatte diesen Vorwurf zurückgewiesen: Stahlsorte, Prüfungen und Bauweise entsprechen den gültigen Normen, war die Begründung. Die TÜV-Gutachten seien nicht ausreichend und darüberhinaus wegen der Zugehörigkeit des TÜV zum „Atomforum“,

dem auch Kernkraftwerk-Betreiber angehören, umstritten, so die Atomgegner.

Die Hamelner Atomkraftgegner meinen, daß diese Bedenken eines wissenschaftlichen Instituts im Rahmen einer Bürgerversammlung zusammen mit der Genehmigungsbehörde, dem Betreiber und Gegnern besprochen werden sollten. Sie wollen sich deshalb an die Stadt wenden, die zu solch einer Versammlung einladen soll.

Ferner wurde beschlossen, sich mit einem Bürgerantrag in dieser Frage an den Rat der Stadt Hameln zu wenden. Nach der Niedersächsischen Gemeindeordnung ist dieses Verfahren möglich. Wenn dieser Antrag von etwa 2300 wahlberechtigten Hamelnern unterstützt wird, müßte sich der Rat der Stadt nochmals mit dem Thema „Grohnde“ befassen.

Ein weiterer Vorschlag, der in der Atomkraftgegner-Versammlung besprochen wurde: Vom Landkreis soll verlangt werden, eine Wirtschaftlichkeitsberechnung des Kernkraftwerkes vorzulegen. Schließlich wurde noch in Erwägung gezogen, in einem wissenschaftlichen Symposium in Hameln die Problematik der Reaktorsicherheit zu diskutieren.

DWZ:

Do: 12. 2. 81

Kein sicheres, sondern gar kein KKW

Politische Schritte erläutert / Auch ein Bürgerantrag in Emmerthal wird erwogen

SR. HAMELN/EMMERTHAL. In einer Pressekonferenz in Hameln präziisierten Vorstandsmitglieder der „Gewaltfreien Aktion Umweltschutz Grohnde“ und der „Wählergemeinschaft-Atomkraft nein Danke“ (WGA), zwei der verschiedenen Gruppierungen von Umweltschützern oder Atomkraftgegnern im Landkreis, die von ihnen eingeleiteten politischen Schritte gegen den Kernkraftwerksbau in Grohnde. Das Fazit der Zusammenkunft: Die Atomkraftgegner wollen sich mit politischen Mitteln Gehör verschaffen.

Im einzelnen planen WGA und Grohnder Umweltschützer, wie bekannt, folgende Aktionen: Die Einberufung einer Bürgerversammlung durch die Stadt Hameln, einen Brief an den DGB und die Einzelgewerkschaften mit dem Wunsch, die Bitte nach einer Bürgerversammlung zu unterstützen, und einen Bürgerantrag, für den 2300 Unterschriften von wahlberechtigten Hamelner Bürgern gesammelt werden müßten.

Im Kreistag wird die WGA-Abgeordnete Heide von Bernstorff einen Antrag einbringen. Das Ziel: Die Verwaltung soll klären, wie sich der Strompreis nach Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Grohnde entwickeln werde. Eine Anfrage soll außerdem Klarheit darüber bringen,

ob die vom GÖK-Institut in Hannover vorgebrachten Sicherheitsbedenken gegen Druck- und Sicherheitsbehälter im Grohnder Reaktor zutreffen.

In der Pressekonferenz stellten ein Wissenschaftler des Instituts, der Diplom-Physiker Torsten Jütte, und ein ehemaliger TÜV-Mitarbeiter noch einmal fest, daß ihrer Ansicht nach die Qualität und Stärke des in Grohnde verwendeten Stahls unzureichend seien. Daraus erwachse ein Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung.

Heide von Bernstorff (WGA) und Hans-Georg Lehmkuhle (Gewaltfreie Aktion) stellten in der Pressekonferenz eines klar: Beide Vereinigungen wollen

kein „sicheres Kernkraftwerk“, sondern gar keins in Grohnde, da ein sicheres ihrer Überzeugung nach überhaupt nicht gebaut werden könne. Daß sie sich in die Diskussion um Sicherheitsfragen einlassen, habe nur einen Zweck: Dem Bürger deutlich zu machen, welchem Risiko er durch das Kernkraftwerk Grohnde ausgesetzt sei.

Hans-Georg Lehmkuhle (Grohnde) deutete darüber hinaus an, daß die Gewaltfreie Aktion auch in Emmerthal erwäge, einen Bürgerantrag einzubringen. Bodenwerders Bürgermeister Rudolf Lönneker (SPD), engagierter Grohnde-Gegner, appellierte in der Pressekonferenz an die gewählten Politiker, ihren bisherigen Kurs in Sachen Grohnde aus wirtschaftlichen Gründen heraus zu überdenken. Wenn der Bau des Kraftwerkes immer teurer werde, so seien auch die Kommunen als Wesertal-Gesellschafter betroffen. Die Überprüfung der Wirtschaftlichkeit sei daher eine politische Verpflichtung, argumentierte Lönneker.

DWZ: 14. 2. 81

① WZ = Deister- und Weserzeitung

DWZ

Nr. 40 / 134. Jahrg.

16.2.81

H

Sozialminister Schnipkoweit:

Keine Kompromisse in Sachen Sicherheit

Bedenken der „Gruppe ökologie“ zurückgewiesen

DWZ HANNOVER/BONN/GROHNDE. Das niedersächsische Sozialministerium wird den Einbau des Reaktordruckbehälters in das Kernkraftwerk Grohnde nur dann genehmigen, wenn alle sicherheitstechnischen Anforderungen erfüllt sind. Kompromisse zum Nachteil der Sicherheit würden nicht zugelassen. Das versicherte Sozialminister Hermann Schnipkoweit am Montag in einer Mitteilung seines Hauses in Hannover. Der Minister reagierte damit auf Kritik der „Gruppe ökologie“ (GöK), die berichtete, der Behälter entspreche nicht den neuesten Sicherheitsanforderungen.

Als atomrechtliche Genehmigungsbehörde hat das Sozialministerium nach seinen Angaben für das Projekt Grohnde die Bedenken der „Gruppe ökologie“ unter Hinzuziehung von unabhängigen Sachverständigen geprüft. Auch der Ausschuß „Druckbehälter“ der Reaktorsicherheitskommission – dem unabhängigen Beratungsgremium des Bundesministers des Innern in Fragen der nuklearen Sicherheit – habe sich auf seiner Sitzung am 10. Februar in Bonn mit der Presseinformation der „Gruppe ökologie“ befaßt. Er weise die Behauptungen als unbegründet zurück und bringe zum Ausdruck, daß sowohl für den Reaktordruckbehälter als auch für die Sicherheitshülle des Kernkraftwerkes die erforderliche Vorsorge gegen Schäden nach dem neuesten Stand von Wissenschaft und Technik getroffen worden sei.

Die „Gruppe ökologie“ hatte behauptet, daß die Wanddicke des Reaktordruckbehälters für Grohnde im Bereich Deckelflansch/Kalotte zu dünn dimensioniert sei. Die Untersuchungen mit umfangreichen Spannungsanalysen und Spannungsdehnungsmessungen in diesem Bereich hätten den „eindeutigen Nachweis“ erbracht, daß die auftretenden Spannungen unterhalb der zulässi-

gen Grenzen liegen, teilte das Ministerium mit. Der Druckbehälter sei sicher und mit „sehr großen Sicherheitszuschlägen“ ausgelegt.

Der für Grohnde vorgesehene Reaktordruckbehälterstahl verfüge über einwandfreie Werkstoffeigenschaften, wie eine hohe Zähigkeit und damit Reißunempfindlichkeit, über eine genau spezifizierte chemische Reinheit und über ausreichende Wanddicken mit niedrigem Spannungsniveau bei optimaler Gestaltung. Die Qualität werde mehrfach durch voneinander unabhängige begleitende Kontrollen des Herstellers, Anlagenlieferers und der Sachverständigen sichergestellt. Er genüge damit den neuesten Sicherheitsanforderungen.

Die „Gruppe ökologie“ hatte auch kritisiert, bei der Sicherheitshülle für Grohnde würde ein Werkstoff eingesetzt, der den heutigen sicherheitstechnischen Anforderungen nicht mehr genüge. Auch das trifft nach der Mitteilung des Sozialministeriums nicht zu. Für die Sicherheitshülle werde ein hochfester Feinkornbaustahl eingesetzt, der gemäß dem Stand von Wissenschaft und Technik für die vorgesehene Aufgabe geeignet sei. Er erfordere jedoch große Sorgfalt bei der Verarbeitung.

Grohnde wieder aktuell

DWZ

Umweltschützer stellen Bürgerantrag

Klage der Stadt abgewiesen

Während das Obergerverwaltungsgericht Lüneburg Hamelns Klage gegen das Kernkraftwerk Grohnde abgewiesen hat, weil die Einwendungsfrist nicht eingehalten worden war, rüsten Umweltschützer und Kernkraftgegner der „Gewaltfreien Aktion Umweltschutz Grohnde“ und die „Wählergemeinschaft – Atomkraft nein danke“ (WGA) mit einem Bürgerantrag zu politischen Schritten gegen den Kernkraftwerksbau.

In einer Pressekonferenz stellen WGA und Grohnder Umweltschützer ihre geplanten Aktionen vor. Wichtigster Punkt: ein Bürgerantrag, für den 2300 Unter-

im Kreistag einen Antrag einbringen, der Fragen im Zusammenhang mit dem von der „Gruppe Ökologie Hannover“ (GÖK) erhobenen Sicherheitsbe-

die Qualität und Stärke des in Grohnde verwendeten Stahls seien unzureichend, wurden vom niedersächsischen Sozialministerium am Montag dieser Woche zurückgewiesen.

„Kompromisse zum Nachteil der Sicherheit würden nicht zugelassen“, versicherte Sozialminister Hermann Schnipkoweit. Während die GÖK die Wanddicke des Reaktordruckbehälters vor allem im Bereich Deckelfansch/Kalotte für zu dünn dimensioniert hält, wird diese Behauptung vom Ministerium ebenfalls als unbegründet bezeichnet.

Die Stadt Hameln, deren Klage beim Obergerverwaltungsgericht Lüneburg jetzt wegen Fristversäumnis abgewiesen wurde, will noch auf die Begründung aus Lüneburg warten und dann prüfen, ob das Bundesverwaltungsgericht in Berlin als nächste Instanz eingeschaltet werden soll.

Richard Peter

Keine Reise in den Schnee ohne Sonnenbrille!

Thietorstr. 28, (Ritterstr.)



schriften von wahlberechtigten Hamelner Bürgern gesammelt werden müssen.

Daneben wird die Stadt aufgefordert, eine Bürgerversammlung einzuberufen. Gekoppelt ist diese Forderung mit einem Brief an die Gewerkschaften, mit der Bitte, diese Forderung an die Stadt zu unterstützen.

Außerdem wird die WGA-Abgeordnete Heide von Bernstorff

denken gegen Druck- und Sicherheitsbehälter im Grohnder Reaktor beinhaltet. Zudem soll die Verwaltung Fragen nach der Strompreisentwicklung nach Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes in Grohnde beantworten.

Die Vorwürfe der Umweltschützer – auf der Pressekonferenz von Diplom-Physiker Torsten Jütte und einem ehemaligen TÜV-Mitarbeiter vorgetragen –

Nr. 46 / 134. Jahrg.

DWZ: 24.2.81

HEIMATTEIL / WESERBERGLAND

Politiker-Anfrage zu Grohnde

Brigitte Traupe wandte sich an die Regierung / Antwort: Sicherheit reicht aus

DWZ GROHNDE/BONN. Alarmiert durch jüngste Berichte des hannoverschen Öko-Instituts, wonach der in Grohnde verwendete Stahl nicht den Sicherheitsbestimmungen zum Bau von Kernkraftwerken entspreche, hat sich die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete Brigitte Traupe mit zwei Anfragen an die Bundesregierung gewandt, die vom parlamentarischen Staatssekretär von Schoeler beantwortet wurden. Die Abgeordnete fragte:

„Trifft es zu, daß der für den Reaktorsicherheitsbehälter des künftigen Kernkraftwerks Grohnde verwendete Stahl nicht den neusten Sicherheitsbestimmungen entspricht?“

Wenn ja, warum ist der fast zweijährige Baustopp in Grohnde nicht dazu genutzt worden, die Bauelemente des Kernkraftwerks auf den neusten Stand zu bringen?“

Dazu sagte Staatssekretär von Schoeler:

„Es trifft zu, daß der für den Sicherheitsbehälter des Kernkraftwerks Grohnde verwendete Stahl sich von dem bei neuen Anlagen vorgesehenen unterscheidet. Für die spannungsmäßig

gestörten Bereiche einschließlich der Stützen wird dort der Stahl 20 Mn Mo Ni 55 verwendet. In der glatten Hülle des Sicherheitsbehälters Grohnde wird der Stahl W StE 51 eingesetzt, auf den sich vermutlich die Frage bezieht.

Hochfeste mikrolegierte Feinkornbaustähle wie der W StE 51 bedürfen einer besonders sorgfältigen Verarbeitung und Fertigungsüberwachung. Im konventionellen Druckbehälterbau wurden in der Vergangenheit diese Anforderungen teilweise nicht angemessen beachtet, was zu Schäden führte, durch die der Einsatz dieser Stähle zunehmend umstritten wurde. Im Bereich

der Kerntechnik soll daher in Zukunft weniger verarbeitempfindlichen Stählen von geringerer Festigkeit und höherer Zähigkeit der Vorzug gegeben werden.

Das schließt nicht aus, daß auch hochfeste Stähle – bei entsprechender Blechqualität und Verarbeitung sowie sorgfältiger Fertigungskontrolle – die bei Kernkraftwerken besonders hohen Anforderungen erfüllen können.

Nach den Feststellungen des von der Genehmigungsbehörde zugezogenen Sachverständigen wird diesen Erfordernissen beim Sicherheitsbehälter des Kernkraftwerks Grohnde voll Rechnung getragen.

Die Genehmigungsvoraussetzungen des § 7 Atomgesetz sind daher erfüllt, so daß sich die Frage der Notwendigkeit einer nachträglichen Umrüstung nicht stellt.“

„I
da
St
lei
un
be
ch
ze

de
de
si
se
h
V
ni

se
rr
u
sc
d
K
Ü
v
r
s

Mißtrauisch geworden

Zum Bericht „Gruppe Ökologie kritisiert Grohnde“ (Dewezet v. 6. Februar):

Wenn vom Öko-Institut Hannover gemeldet wird, daß beim Bau des Sicherheitsbehälters in Grohnde nicht den Vorschriften entsprechend gearbeitet worden ist, so darf sich niemand wundern, daß wir Atomkraftgegner sofort Alarm schlagen. Wir haben uns mit einem Antrag an den Rat unserer Stadt gewandt, diese Angelegenheit prüfen lassen.

Aus den bisherigen Erfahrungen haben wir allen Grund, allem zu mißtrauen, was mit dem AKW Grohnde zusammenhängt. Am AKW wird nach dem Baustopp wieder flott gebaut, obgleich niemand weiß, wohin der anfallende Atommüll gebracht werden soll, und die wasserrechtliche

Genehmigung für die Kühlwasserentnahme aus der Weser noch nicht rechtskräftig erteilt worden ist. Welcher Privatmann dürfte so etwas wagen? Die Baupolizei würde seinen Bau sofort stilllegen.

Wenn der TÜV Hannover und Minister Schnipkoweit den Vorwurf des Öko-Instituts Hannover zurückweisen, so müssen wir darauf bestehen, daß sie den Nachweis für die Richtigkeit ihrer Aussagen erbringen, und zwar durch ein Prüfverfahren unter unabhängiger Aufsicht des Sicherheitsbehälters unter den Bedingungen eines Störfalles.

Heinz Franke, Hameln

W. - ...

Hin zu alternativen Energien

Zum Bericht „Sicherheitsstandard nicht ausreichend“ (Dewezet vom 6. Februar):

Wieder einmal wurde der Kernkraftwerksbau Grohnde, diesmal von der Gruppe Ökologie, kritisiert. Und wie immer weisen die Verantwortlichen, die Preußische Elektrizitätsgesellschaft, wie auch die Minister, die Vorwürfe von sich ab. Jeder von uns ist mitverantwortlich bei Zwischenfällen des KKW, wenn nicht sofort gehandelt wird. Es gibt nur eine Alternative: Weg von der Kernenergie und hin zu alternativen Energien und zum gesunden Leben; denn wirtschaftliche Macht darf nicht mit Menschenleben bezahlt werden.

Hildegard Worbs, Hameln 13

Da „kräht kein Hahn danach“

Da wird protestiert und gestritten gegen Ith-Abbau, Kernkraftwerk, Flugplatzerrichtung, Bückebergabtrag usw.; gewiß nicht immer zu Unrecht. Wenn die Bürger aber wortwörtlich „auf dem Pulverfaß“ sitzen, dann kräht kein Hahn danach. Ich fühle mich jedenfalls seit Wochen so, wenn ich erlebe, wie jede Woche durch unseren Ort Munitionstransporte rollen, nur auf Holzpaletten verpackt, und das alles bei schnee- und eisglatten Straßen. Ist nur zu hoffen, daß nichts passiert!

Barbara Oerke, Bisperode

Februar 81

23. 2. 81

23. 2. 81

2.3.81
X Nur „bestes Material“? X

Zu den Berichten „Sicherheitsstandard nicht erreicht“ (Deweze vom 6. Februar) und „Milliarden-Reparatur an vier KKWs“ (Deweze vom 17. Februar):

Bei dem Bau der jetzt wieder reparaturanfälligen vier KKWs wurde versichert, daß nur das beste Material verwendet wird, um die Sicherheit zu gewährleisten. Heute müssen die gleichen Leute das Gegenteil als Begründung für die Reparaturen angeben. Was ist nun beim KKW in Grohnde die Wahrheit? Wenn ferner angekündigt wird, daß die entstehenden 1,2 Milliarden Reparatur-

und Nebenkosten von 240 Millionen die Stromabnehmer bezahlen sollen, so ist das ein Skandal. Daß der durch die KKW erzeugte Strom billiger sein soll, ist bei solchen störanfälligen Werken und den dadurch entstehenden Kosten sehr unwahrscheinlich.

Ich möchte an die wiederholten Stilllegungen in der Vergangenheit und die jetzt wieder bevorstehende Außerbetriebsetzung des KKW Würzgassen erinnern. Es kann doch auch hier nicht mehr von Vor-, sondern nur von Nachteilen durch die Kernenergiewirtschaft gesprochen werden. Die bislang entstandenen bzw. noch entstehenden Kosten durch Reparaturen und Stromausfälle gehen weit über das übliche Maß hinaus. Durch solche Vorkommnisse wird das Vertrauen in den Bau von KKWs nicht gefestigt.

Wer glaubwürdig erscheinen will, sollte erst einmal der Energieverschwendung Einhalt gebieten. Statt dessen wird von der drohenden Wettbewerbsunfähigkeit gesprochen, um dadurch den Kernkraftwerksbau als unumgänglich hinzustellen.

H. Jürgens, Tündern

2.3.81
X Derselbe überholte Stahl X

In der Deweze vom 24. Februar wird die „Politiker-Anfrage an die Regierung“, ob der in Grohnde verwendete Stahl WST E 51 den neuesten Sicherheitsbestimmungen entspricht, und das „Ja“ der Regierung auf diese Anfrage gebracht.

In derselben Ausgabe ist im Wirtschaftsteil zu lesen, daß in fünf dort genannten Kernkraftwerken die Auswechslung aller Rohrleitungen über 2,8 Milliarden kosten wird. Sie bringen aber nicht den Grund zur Milliarden-kosten- den Auswechslung der Rohrleitungen in diesen fünf Kernkraftwerken: nämlich den gleichen Stahl, der auch in Grohnde verarbeitet wird.

Die Beruhigungsspiel für Gutgläubige: „Sorgfältigere Verarbeitung und Fertigungsüberwachung“ ändert nichts an der Tatsache: Es bleibt derselbe überholte Stahl!

Barbara Hansens, Hameln

DWZ

28.2.81

Doch noch eine reelle Chance?

**Stadt Hameln will Möglichkeiten zur Verfassungsbeschwerde prüfen
Wegen ablehnenden Bescheids des OVG Lüneburg in Sachen KKW Grohnde**

--mm HAMELN. **Trotz des ablehnenden Bescheids des Obergerverwaltungsgerichts Lüneburg in Sachen Kernkraftwerk Grohnde sieht die Stadt immer noch eine reelle Chance, noch einmal vor Gericht gehört zu werden.**

Nach Auskunft des Stadtrechtsrats Eberhard Slawski ist nämlich die Klage der Stadt in erster Instanz vor dem Verwaltungsgericht Hannover immer noch anhängig. Slawski sieht hier durchaus die Möglichkeit, wie er auf Anfrage der CDU-Ratsherren Dr. Alpers in der Ratssitzung am Mittwochabend mitteilte, den Gesichtspunkt des Einbaus von Stahlsorten, die nicht mehr dem Stand neuer technischer Entwicklung entsprechen, nachzuschieben.

Hat das Obergerverwaltungsgericht Lüneburg in zweiter Instanz den Antrag der Stadt mit der Begründung abgelehnt, daß die Stadt mit den meisten ihrer Argumente gegen die Rechtmäßigkeit der ersten Teilerrichtungsgenehmigung für das Kernkraftwerk Grohnde wegen Versäumung der Einwendungsfrist abgelehnt, so sieht Slawski jetzt eine Möglichkeit, sich vor dem Gericht Gehör zu verschaffen, weil nach einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes vom 17. Juli 1980 sich der Ausschluß nach Paragraph 3

Atomanlagenverordnung nicht auf solche Tatsachen erstreckt, die erst nach Ablauf der Einwendungsfrist eingetreten sind. Hierzu gehören nach dem Bundesver-

waltungsgericht auch neue Erkenntnisse im Sinne eines fortgeschrittenen Standes von Wissenschaft und Technik, so der Rechtsrat Slawski vor dem Rat. Der städtische Jurist folgert daraus, daß deshalb das Verwaltungsgericht Hannover die Frage des Einbaus nicht mehr dem neuesten Stande von Wissenschaft und Technik entsprechender Stahlsorten prüfen müßte.

Slawski betonte jedoch, damit im Hauptsacheverfahren alle die von der Stadt vorgetragenen Argumente gegen die Rechtmäßigkeit der ersten Teilerrichtungsgenehmigung vom Verwaltungsgericht Hannover geprüft werden, müßte eine Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsge-

richt erhoben werden. Ziel eines solchen Vorgehens sei es, die Aufhebung des Beschlusses des Obergerverwaltungsgerichtes Lüneburg zu erwirken. Eine eingehende Prüfung über das weitere städtische Vorgehen, so der städtische Rechtsrat, könne aber erst vorgenommen werden, wenn die Beschlußgründe des OVG Lüneburg vollständig vorliegen. Bisher habe die Stadt lediglich eine gerichtliche Mitteilung mit einer zusammengefaßten Begründung erhalten.

Die Zusatzfrage des CDU-Ratsherren Alpers, ob der Verwaltung genügend Informationsquellen für die Beanstandung der verwendeten Stahlqualität zur Verfügung stünde, mußte Stadtrechtsrat Slawski allerdings verneinen.

Verfassungsbeschwerde:

DWZ: 24.3.81

Stadt geht nach Karlsruhe

Ziel: größtmögliche Sicherheit beim Kraftwerkbau

P.S. HAMELN. **Die Stadt Hameln hat sich entschlossen, in ihren Bemühungen um die Gewährleistung größtmöglicher Sicherheit beim Bau des Kernkraftwerks Grohnde bis vor das Bundesverfassungsgericht zu gehen.**

Der Verwaltungsausschuß hat die Verwaltung beauftragt, gegen den Beschluß des Obergerverwaltungsgerichtes Lüneburg vom 5. Februar 1981, durch den die Stadt mit

den meisten ihrer Einwendungen ausgeschlossen worden ist, Verfassungsbeschwerde zu erheben. Damit verfolgt die Stadt Hameln konsequent das bisher angestrebte Ziel, daß das Kernkraftwerk Grohnde – wenn es gebaut wird – mit der höchstmöglichen Sicherheit errichtet wird und auch bei den schon geschaffenen Baukörpern die Sicherheitsrisiken nach neuesten Erkenntnissen geprüft werden.

Mit der Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht sollen die Erbauer und künftigen Betreiber des Kernkraftwerks unter anderem veranlaßt werden, die Frage zu prüfen, ob nicht durch die Anwendung neuer Technologien, von denen in jüngster Zeit in der Fachwelt die Rede war, der Bau der das Landschaftsbild stark beeinträchtigenden, wenn nicht gar zerstörenden Kühltürme entbehrlich wird.

TÜV Hannover nimmt Stellung zu Kritik an Grohnde-Bau

Für die Spannungsanalyse des Reaktordruckbehälters wurde ein aufwendiges Rechenprogramm verwendet. Das Ergebnis der Berechnungen zeigt, daß die auftretenden Spannungen deutlich unter den zulässigen Werten liegen. Frühere Zweifel, die sich aufgrund vereinfachter Berechnungen ergaben, sind damit ausgeräumt. Die Ergebnisse der Spannungsanalyse wurden im übrigen durch Dehnungsmessungen bei der Druckprüfung bestätigt.

Weiter Protest gegen den Grohnde-Bau

Ihre günstige Einkaufsquelle
Möbel-Fundgrube
Gelände Hameln Hefe

In einem Schreiben an den Rat der halters im Reaktorgebäude in Grohnde-Stadt Hameln beziehen sich die „Bürger- als ungenügend kritisiert wurde, und bitten den Rat der Stadt Hameln „geeignete Schritte beim Verwaltungsgericht zu unternehmen, um den Weiterbau des Atom- (L. Schirr), „Bürger gegen Atom Hameln“ (L.

und sicherheitsbietenden Standard darstellen". Die Vertreter der Initiativen rufen die AKW-Gegner zu einem Treffen für Dienstag, den 10. Februar, 19 Uhr in der Aula der Schule Königstraße auf,

0.2.81

weiterhin wurden Zweifel an der Neutralität der Technischen Überwachungs-Vereine geäußert. Diese Zweifel standen der TÜV arbeiten unabhängig und sind keinen Weisungen von Vorstand ständigen der TÜV unterworfen. Dieser Grundsatz ist in den Satzungen festgelegt und gilt seit Gründung der Technischen Überwachungs-Vereine. Eine umfassende Staatsaufsicht wurde im Jahre 1977 gefaßt, weil sich bei der Verantwortung der dort angesprochenen Firmen im Falle Grohnde wurde eine Son- dergüte dieser Stahlsorte mit wesentlicher Zuhilfenahme der TÜV nicht mehr erachtet werden. Dieser Weisungsbescheid wurde im Weisungsbescheid der TÜV nicht mehr erachtet werden.

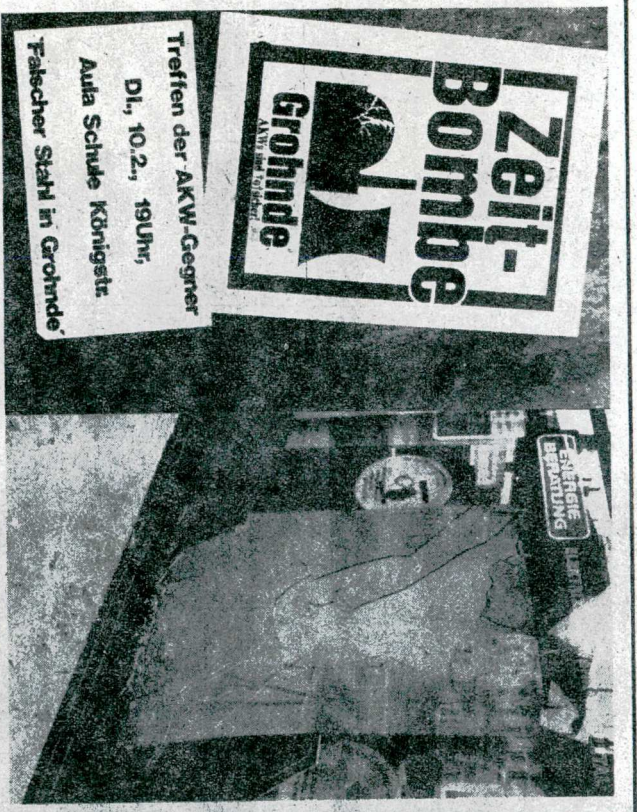
VORWURTE ZURÜCKGEWIESSEN

TÜV Hannover nimmt Stellung zu Kritik an Grohnde-Bau

DWZ HANNOVER/GROHNDE. Nach dem Kernkraftgegner massive Kritik an dem in Grohnde verwendeten Stahl erhielt haben, nimmt jetzt der TÜV Hannover wie folgt Stellung: „Es wurde behauptet, der für den Sicherheitsbehälter des Kernkraftwerkes Grohnde verwendeten Stahl entspreche nicht mehr dem Stand der Technik und dürfe nach einem Weisungsbescheid der TÜV nicht mehr verwendet werden.“

Dieser Weisungsbescheid wurde im Jahre 1977 gefaßt, weil sich bei der Verantwortung der dort angesprochenen Firmen im Falle Grohnde wurde eine Sondergüte dieser Stahlsorte mit wesentlicher Zuhilfenahme der TÜV nicht mehr erachtet werden. Dieser Weisungsbescheid wurde im Weisungsbescheid der TÜV nicht mehr erachtet werden.

Die umfassende Staatsaufsicht wurde im Jahre 1977 gefaßt, weil sich bei der Verantwortung der dort angesprochenen Firmen im Falle Grohnde wurde eine Sondergüte dieser Stahlsorte mit wesentlicher Zuhilfenahme der TÜV nicht mehr erachtet werden. Dieser Weisungsbescheid wurde im Weisungsbescheid der TÜV nicht mehr erachtet werden.



Schlügen hier nachts Atomkraft-Gegner zu?

Schaufensterscheiben der „Energie-Beratung“ zertrümmert

DWZ HAMELN. Nicht nur in Hamburg, jetzt auch in Hameln, formiert sich verstärkt der Widerstand gegen den Bau von Kernkraftwerken: An vielen Stellen in der Innenstadt wurden in nächtlichen Klebaktionen Anti-Atomkraft-Plakate angebracht. In der Nacht zum Samstag waren die Scheiben der ersten kitzlich eingerichteten „Energie-Beratung“, der Stadtwerke Hameln und des Elektrizitätswerkes Wesertal möglicherweise Zielscheibe randalierender Atomkraft-Gegner: Drei Schaufensterscheiben zertrümmerten die Unbekannten mit der Pfistersteinen, die auch im Inneren des Energie-Beratungszentrums erheblichen Schaden anrichteten. Mit Farbe schrieben die zerstörungswütigen Demonstranten „Brokdorf“ an die Fassade der „Energie-Beratung“, 10.000 bis 12.000 Mark Schäden richteten die Randallierer an. Hinweisen auf die Täter liegen der Polizei derzeit noch nicht vor. Die Ermittlungen sind jedoch noch nicht abgeschlossen.

Fotos: DWZ/H.B. joa.

Weiter Protest gegen den Grohnde-Bau

Bürgerinitiativen im Raum des Weserberglandes richten einen Appell an die Stadt Hameln

DWZ HAMELN-PYRMONT. Die Verlautbarungen der Gruppe Ökologie in Hannover zur Sicherheit des Kernkraftwerk-Neubaus in Grohnde haben auch die Bürgerinitiativen im Raum des Weserberglandes alarmiert. Unter anderem wurde die Stadt Hameln zu neuen Schritten beim Verwaltungsgericht aufgefordert. Einige Initiativen planen „gemeinsame Schritte“ gegen den Weiterbau.

In einem Schreiben an den Rat der Stadt Hameln beziehen sich die „Bürgerinitiative Weserbergland im Weltbund um Schutze des Lebens“ (Werner Fricke) und „Die Grünen Hameln-Pyrmont“ (2. Vorsitzender) auf die Pressekonferenz des Öko-Institutes, in der der Werkstoff für den Bau des Sicherheitsbehälters im Reaktorgebäude in Grohnde als ungenügend kritisiert wurde, und bitten den Rat der Stadt Hameln, „geeignete Schritte beim Verwaltungsgericht zu

kraftwerkes zu verhindern und unreparierbaren Schaden von der Bevölkerung abzuwenden.“

In einer Verlautbarung der „Gewaltfreie Aktion Umweltschutz Grohnde im BBU“ und die „Wählergemeinschaft Atomkraft-Nein-Danke“ (WGA) wird gegen die Behauptung der Preag protestiert, daß der Bau des Kernkraftwerkes in Grohnde „den höchsten technischen und sicherheitsbietenden Standard darstelle“. Die Vertreter der Initiativen rufen die AKW-Gegner zu einem Treffen für Dienstag, den 10. Februar, 19 Uhr in

Ihre günstige Einkaufsquelle
Möbel-Fundgrube
Gelande Hamelner Heide

Gruppe Ökologie kritisiert Grohnde:

Sicherheitsstandard nicht ausreichend!

Preag und Minister weisen Vorwürfe zurück

Ini/ap HANNOVER. Die Gruppe Ökologie (GÖK), Institut für ökologische Forschung und Bildung in Hannover, hat den Erbauern des Kernkraftwerks Grohnde bei Hameln den Vorwurf gemacht, die Ausrüstung des Kraftwerks entspreche nicht den neuesten Sicherheitsvorschriften. Sprecher der Gruppe kritisierten am Donnerstag vor Journalisten in Hannover, daß der für den Reaktorsicherheitsbehälter in Grohnde verwendete Stahl in Zukunft für Sicherheitsbehälter in Kernenergiekraftwerken nicht mehr benutzt werde. Auch für Druckbehälter in solchen Kraftwerken werde dieser Stahl nicht mehr verwendet.

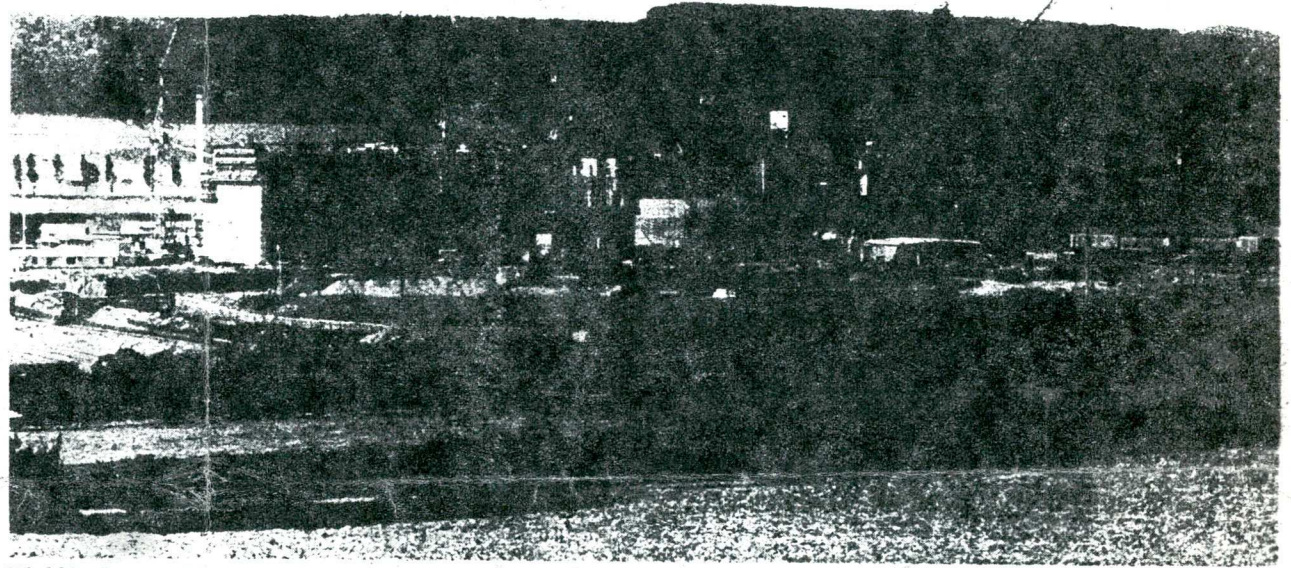
Die Kernkraft-Kritiker wiesen auch darauf hin, daß die Wanddicke des Reaktordruckbehälters nach ihren Feststellungen nicht ausreiche. Die Sprecher der Gruppe fragten, warum der fast zweijährige Baustopp in Grohnde nicht dazu genutzt worden sei, die Bauelemente des Kraftwerks auf den neuesten Stand zu bringen.

In Grohnde sei dem TÜV gegenüber eine Stahlwanddicke von 471 Millimeter angegeben worden, an einigen Stellen betrage sie aber nur 242 Millimeter. Die Reaktorbauer hätten inzwischen ihre Berechnungsmethoden geändert und seien durch diesen „Trick“ zu niedrigeren Werten gelangt, behauptete Torsten Jütte, Sprecher der Gruppe. Der für Grohnde verwendete Stahl sei „äußerst schweißempfindlich beziehungsweise nach dem Kohlestoff-Äquivalent als zum Schweißen kaum geeignet anzusehen“. In

Kenntnis dieser und anderer Mängel habe das niedersächsische Sozialministerium die Weiterbaugenehmigung und einige technische Teilerrichtungsgenehmigungen erteilt, behaupteten die Wissenschaftler.

Das Ministerium wies inzwischen die Beschuldigungen der GÖK zurück. Ebenso stellte die Preußische Elektrizitätsgesellschaft, die Grohnde baut, in Abrede, Probleme der Sicherheit verkannt oder falsch beurteilt zu haben. Was in Grohnde gebaut werde, stelle den höchsten technischen und sicherheitsmäßigen Standard dar, den es zur Zeit auf der Welt gebe. Der TÜV Hannover ließ wissen, seine Kontrollen seien einwandfrei und ohne technische Versäumnisse.

Auch die Gewaltfreie Aktion Umweltschutz und andere Bürgerinitiativen, die sich Anfang des Monats trafen, kritisierten in einer Pressemitteilung, daß Sicher-



Wird hier in Grohnde zu risikoreich gebaut? Die Gruppe Ökologie jedenfalls vertrat in Hannover diese Ansicht.

Foto: Dewezet/R.G.

heitsvorschriften der Reaktorsicherheitskommission „aus wirtschaftlichen Erwägungen“ von den Betreibern des Kraftwerks in Grohnde nicht eingehalten würden. Dieses Vorgehen sei „unverantwortlich und skandalös“.

Sirene heult ab Montag

DWZ HESS. OLDENDORF. Ab Montag, dem 9. Februar, wird jeden Mittag

um 12 Uhr eine Minute lang die Sirene der US-Air-Station ertönen; ausgenommen sind Sonnabende, Sonn- und Feiertage. Dieser tägliche „Alarm“ dient der vorgeschriebenen Funktionsfähigkeitsüberprüfung.

LFV-Versammlung

DWZ OTTENSTEIN. Der Landfrauenverein Ottenstein veranstaltet am Mitt-

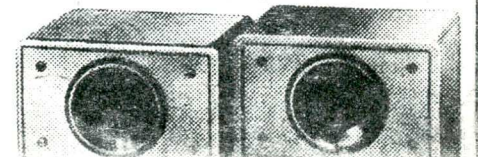
woch, dem 11. Februar, um 20 Uhr im Gasthaus Henniges seine Generalversammlung.

Schützen treffen sich

DWZ WELSEDE. Die Mitglieder des Schützenvereins Welsede treffen sich am Sonnabend, dem 7. Februar, um 20 Uhr im Gasthaus „Welseder Hof“ zur Generalversammlung.

Hertie hats

Sehen Sie doch mal rein
und hören Sie selbst...!



Reaktor in Grohnde zu unsicher?

VON DIRK BUSCHE

HANNOVER/HAMELN. Das Atomkraftwerk Grohnde bei Hameln (Inzwischen zu zwei Dritteln fertiggestellt) ist ins sicherheitstechnische Zwielicht geraten: Die 56 Meter große Reaktorsicherheitskugel – Bollwerk gegen Strahlung bei Störfällen im heißen Zentrum des Meilers – wird aus einem Stahl zusammengeschweißt, vor dem die Technischen Überwachungsvereine (TÜV) schon vor vier Jahren eindringlich gewarnt haben. Darauf hat gestern die Gruppe Ökologie (GÖK) des hannoverschen Instituts für ökologische Forschung und Bildung aufmerksam gemacht.

Daß der in Grohnde verwendete „hochfeste Feinkornbaustahl“ mehr Risiken birgt, als die Sicherheitsphilosophie heute erlaubt, ergibt sich für GÖK-Sprecher und Physiker Dr. Helmut Hirsch aus einem Rundschreiben der „TÜV-Leitstelle Kerntechnik“ beim Dachverband der Technischen Überwachungsvereine. Darin wurden die Prüfer und Gutachter von TÜV und Reaktorsicherheitskommission (RSK) schon 1977 angewiesen, „zu beachten, daß für drucktragende Wände höherfeste Feinkornbaustähle nicht zu verwenden sind“.

Die federführenden TÜV-Kerntechniker beanstandeten an der umstrittenen Stahlsorte „verminderte Zähigkeit“ sowie „Versprödung und Aufhärtung“ – Eigenschaften, die „zu Mängeln bei der Fertigung und zu einigen Schadensfällen geführt“ hätten. Hirsch: „Daraus ergibt sich, daß in Grohnde ein Reaktor-Unsicherheitsbehälter gebaut wird.“

Verwundert fragt sich der Diplom-Physiker Thorsten Jütte, Mitarbeiter an einer vom Bundesforschungsministerium in Auftrag gegebenen Kernkraft-Sicherheitsstudie, „warum der fast zweijährige Baustopp in Grohnde nicht genutzt wurde, um die Bauelemente des Reaktors auf den neuesten technischen Stand zu bringen“.

Die Betreiberfirmen KWG (Gemeinschaftskernkraftwerk Grohnde) hat darauf allerdings eine anscheinend einleuchtende Antwort parat. Projektleiter Dipl.-Ing. Harald Böttcher zur NEUEN PRESSE: „Der Stahl wird verwendet, weil der Sicherheitsbehälter schon vor 1977 begutachtet und genehmigt worden ist.“

Die umstrittene Stahlsorte ist zwar inzwischen aus dem neueren Kernkraftwerksbau verbannt worden. „Das besagt aber nicht, daß das beim Kernkraftwerk Grohnde bewährte Material als nicht mehr sicher genug angesehen werden kann“, betonte Niedersachsens Sozialministerium noch in einem Schreiben vom Juli vergangenen Jahres.

Sicherheitsrisiken birgt nach Meinung der GÖK-Physiker auch der Grohnder Reaktor-Druckbehälter, der vom TÜV Hannover zunächst wegen zu geringer Deckelstärke abgelehnt, später aber unverändert genehmigt worden sei. Der ehemalige TÜV-Schweißfach-Prüfer Richard Höhne: „Der TÜV ist abhängig von wirtschaftlichen Interessen.“

Negative Erfahrungen bei der Materialprüfung in Kernkraftwerken hatte schon vor Jahren Professor Karl Kußmaul, Chef der Stuttgarter Staatlichen Materialprüfungsanstalt, beklagt.

Niedersachsens Sozialministerium scheint die Vorwürfe der GÖK ernst zu nehmen. Ein Sprecher: „Wir werden das eingehend prüfen.“

Stahl in Grohnde zu dünn?

Öko-Gruppe erhebt Vorwürfe gegen Erbauer des Kernkraftwerkes

r. Hannover

Mit Vorwürfen gegen die Erbauer des Kernkraftwerkes Grohnde bei Hameln und gegen den Technischen Überwachungsverein (TÜV) ist die hannoversche Gruppe Ökologie (GÖK) am Donnerstag in Hannover an die Öffentlichkeit getreten. Die Gruppe, der nach eigenen Angaben unabhängige Wissenschaftler angehören, war bis vor einigen Wochen ein Teil des Freiburger Öko-Instituts, das unter anderem mit weitreichenden Forderungen zur Verbesserung der Umweltverhältnisse in Oker/Harlingeroode hervorgetreten war.

Der Sprecher der GÖK, Helmut Hirsch, bemängelte unter anderem, der für den Reaktor-Sicherheitsbehälter in Grohnde

verwendete Stahl sei zu dünn. Ein TÜV-Mitarbeiter habe dies bei Berechnungen festgestellt, der Behälter sei dann aber doch ohne Veränderungen gebaut worden. Inzwischen, so die GÖK, gebe es besseren Stahl. Die GÖK fragte, warum das neue Material nicht verwendet werde.

Dazu erklärte Heinz Mazur, Leiter der Hauptabteilung Kerntechnik und Strahlenschutz beim TÜV Hannover, bei neuer Berechnungen sei festgestellt worden, daß die Dicke des Stahls ausreiche. Mazur sagte weiter, der von der GÖK bemängelte Stahl könne ohne Bedenken verwendet werden. Er bedinge allerdings sehr große Sorgfalt beim Einbau, vor allem beim Schweißen. Die Arbeiten würden sehr genau kontrolliert.